

Arbeitspapier

herausgegeben von der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Nr. 66
Michael Schmitz

Die „Schill-Partei“ –

Analyse der „Partei Rechtsstaatlicher Offensive“ nach den Landtagswahlen in Hamburg und Sachsen-Anhalt

Sankt Augustin, April 2002

Ansprechpartner: Dr. Stephan Eisel
Leiter der Hauptabteilung
„Innenpolitik und Soziale Marktwirtschaft“
Telefon: 0 22 41/246-630
E-Mail: stephan.eisel@kas.de

Dr. Michael Schmitz
Leiter des Teams „Staat und Gesellschaft“
Telefon: 0 22 41/246-284
E-Mail: michael.schmitz@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin

Die Schill-Partei

Analyse der „Partei Rechtsstaatlicher Offensive“ nach den Landtagswahlen in Hamburg und Sachsen-Anhalt

(Zusammenfassung)

- 1.) Nach dem sensationellen Wahlerfolg in Hamburg, wo sie bei der Bürgerschaftswahl aus dem Stand 19,4 Prozent erreichte, befindet sich die „Schill-Partei“ in einer Phase der Ernüchterung und Entzauberung. Dafür sind im wesentliche folgende Gründe massgebend:
 - Die vollmundigen Wahlversprechen in Hamburg, besonders im Bereich Innere Sicherheit, lassen sich nicht so umsetzen wie angekündigt.
 - Verschiedenen Debatten um das Personal der „Schill-Partei“, um die Politik- und Administrationsfähigkeit und die Vermischung persönlicher Interessen haben immer wieder für Gesprächsstoff gesorgt.
 - Das Ergebnis der Wahl in Sachsen-Anhalt hat deutlich gemacht, dass die „Schill-Partei“ keineswegs auf den erhofften einfachen bundesweiten Durchbruch setzen kann.
- 2.) Die „Schill-Partei“ befindet sich im Blick auf ihre Ausweitungspläne in einem strategischen Dilemma. In Hamburg konnte sie noch argumentieren, ohne sie sei die rotgrüne Landesregierung nicht abzulösen. Nach dem Ergebnis in Sachsen-Anhalt wird sie mit dem Argument konfrontiert, dem bürgerlichen Lager durch die Gefahr des Scheiterns an der Fünf-Prozent-Hürde genau die Stimme zu entziehen, die notwendig wäre, um eine SPD-Regierung zu verhindern. Das gilt insbesondere für die voraussichtlich wieder sehr knappen nächsten Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Hessen.
- 3.) Die „Schill-Partei“ in Sachsen-Anhalt erlebte bereits vor ihrem Hallenser Gründungsparteitag mit der Abspaltung der „Rechtsstaatlichen Bürger Partei“ (R-B-P) eine Phase der Zersplitterung, die ihre Schlagkraft schwächte. Dem gegenüber zeigt sich die Hamburger „Schill-Partei“ nach den Bürgerschaftswahlen – anders als die „STATT-Partei“ (1993) – in einer personell stabileren Verfassung. Dennoch gab es auf Bezirksebene vereinzelt Parteiaustritte.

- 4.) Die „Schill-Partei“ hat sich als Partei der Inneren Sicherheit in Hamburg und damit als Ein-Themen-Partei beim Wähler erfolgreich profilieren können. Der Versuch, mit einem breiteren Themenangebot die „Schill-Partei“ von einer Regionalpartei zu einer bundesweit agierenden Partei weiterzuentwickeln, wurde vom Wähler in Sachsen-Anhalt nicht angenommen. Damit ist es der jungen Partei vorerst nicht gelungen, sich als glaubhafte inhaltliche Alternative der Volksparteien zu positionieren.

Die „Schill-Partei“ nach den Wahlen in Hamburg und Sachsen-Anhalt

Die „Partei Rechtsstaatlicher Offensive“ (in der Folge „Schill-Partei“ genannt) wurde im Juli 2000 vom Hamburger Amtsrichter Ronald Barnabas Schill gegründet. Bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt zeigte die „Schill-Partei“ erste Ermüdungs- und Zerfallserscheinungen.

Das fast zweijährige Bestehen der „Schill-Partei“ macht eine erste Gesamtschau der „Schill-Partei“ sinnvoll, die grundlegende Bereiche systematisch, vergleichend und mit einigen Beispielen unterlegt vorstellt. Kernpunkte der vorliegenden Studie sind:

- die beiden im Wesentlichen mit dem Parteiprogramm der „Schill-Partei“ identischen **Wahlprogramme** von Hamburg und Sachsen-Anhalt sowie die Hamburger **Koalitionsvereinbarungen** und die **100-Tagebilanz** von Anfang Februar,
- die **Wähler** der Schill-Partei in Hamburg und Sachsen-Anhalt,
- das **Spitzenpersonal in Hamburg** (Senatoren, Bürgerschaftsfraktion und Partei) und **Sachsen-Anhalt** (Partei und Kandidatenliste zur Landtagswahl),
- die sich aus den Startproblemen in Hamburg und Sachsen-Anhalt ergebenden **Perspektiven** der Schill-Partei sowie die Folgen für die Gründung neuer Landesverbände – besonders in Mecklenburg-Vorpommern, Hessen und Niedersachsen. In diesen Bundesländern strebt die Schill-Partei eine Teilnahme an den Landtagswahlen an.

1. Die Programmatik der „Schill-Partei“

1.1. Partei- und Wahlprogramm der „Schill-Partei“ in Hamburg

Die Aufbauphase der erst im Juli 2000 entstandenen Partei war noch nicht abgeschlossen, als sich Schill mit der Teilnahme an den Bürgerschaftswahlen im September 2001 die Chance bot, politische Ziele im Bereich Sicherheitspolitik für die Bürger der Hansestadt umzusetzen. Das 16-seitige „*Parteiprogramm*“ der „Schill-Partei“ ist daher weitgehend mit ihrem Wahlprogramm für die Bürgerschaftswahlen identisch¹. Es berücksichtigt besonders die Bereiche Innere Sicherheit, Justiz und Strafvollzug. Die Bereiche Wirtschaft, Steuern, Haushalt, Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung,² ferner Schule,³ Soziales⁴ und Verwaltung⁵ wurden nur kurz berührt. Die Bereiche Kultur und Wissenschaft blieben unberücksichtigt.

Die für den Wahlerfolg entscheidenden Themenfelder Innere Sicherheit, Justiz und Strafvollzug sind im Einzelnen:

Maßnahmen zur Wiederherstellung der Inneren Sicherheit (7 ½ Seiten)

- I. Jugendkriminalität
- II. Drogenkriminalität
- III. Ordnung
- IV. Polizei
- V. Strafvollzug
- VI. Sexual- und Gewaltkriminalität
- VII. Organisierte Kriminalität (inklusive Ausländerkriminalität/Ausländerrecht)

Schill hat sich im Vorfeld der Wahlen durch populistisches Jonglieren im Bereich der Inneren Sicherheit sein Thema gesucht und suggeriert, dass vor allem in diesem Politikfeld politischer Handlungsbedarf bestehe.

Schill versuchte seine Forderungen nach einem härteren Durchgreifen der Justiz und beim Strafvollzug mit teilweise umstrittenen Zahlenangaben zu belegen. Erst unter öffentlicher Kritik – vor allem durch die Medien – passte er seine Angaben den offiziellen Statistiken der Hamburger Justizbehörden an.

Dazu drei Beispiele:

¹ In Klammern gesetzte Seitenangaben beziehen sich auf das „Parteiprogramm“ in der revidierten Internet-Fassung unter www.schill-partei.de/programm/praeambel.html.

² Die genannten Politikfelder werden auf insgesamt knapp 5 Seiten abgehandelt.

³ Die Kapitel zu Schule und Sport umfassen etwas mehr als 1 ½ Internet-Seiten.

⁴ Soziales wird auf etwa einer Seite umrissen.

⁵ Die Leitlinien für eine bürgernahe Verwaltung werden auf einer knappen Seite skizziert.

- Der Ausländeranteil der Jugendhaftanstalt Hahnöfersand – in der Fassung des „Vorläufigen Programms“ vom 13. Juli 2000 noch mit über 80% (S. 4) veranschlagt – wird in der Internet-Fassung des Programms nunmehr mit 50% (S. 2) angegeben.
- „Weit mehr als 12.000 Menschen in Hamburg sind“ – nach der Fassung vom 13.07.2000 – „schwerstabhängig“ (S. 4), in der Internet-Fassung ist jetzt von „mehr als 10.000“ (S. 2) die Rede.
- Laut „Vorläufigem Programm“ von 2000 „werden 40 Prozent der Sozialhilfe in Hamburg für Zuwanderer ausgegeben, d.h. jährlich fast eine Milliarde Mark“ (S. 11). In der korrigierten Internet-Fassung des Parteiprogramms sind es richtigerweise „30 Prozent, d.h. jährlich fast 620 Millionen DM“ (S. 7), also gut ein Drittel weniger. Verschwiegen wird jedoch in beiden Versionen des Schill-Programms, dass darin auch die Gruppe derjenigen enthalten ist, die nach europäischem Vorseorgeabkommen Sozialhilfe erhalten, z.B. EU-Bürger.

In diesem Zusammenhang ist klar zu sagen: Auch das weitgehend mit dem Wahlprogramm identische „Parteiprogramm“ gibt keine Hinweise auf eine ausländerfeindliche Einstellung Schills. In der „Präambel“ ist die Rede von „Integration von ausländischen Mitbürgern, welche sich rechtmäßig in Deutschland aufhalten“. Im Abschnitt „Ausländerkriminalität und Ausländerrecht“ gelten *„ausländische Mitbürger ... als Bereicherung für unsere Gesellschaft“*. Der *„ersten und zweiten Gastarbeitergeneration“* wird sogar *größere Rechtstreue „als der deutschen Bevölkerung“* bescheinigt (S. 6).

Einige der Kernforderungen des „Parteiprogramms“ der „Schill-Partei“, die nach der aktuelleren Internet-Fassung zitiert werden, sind:

- *„Abschiebung von ausländischen Jugendlichen, die hier schwere Straftaten begehen.“* (S. 2) – Die gültige Regelung sieht Abschiebungen vor, wenn eine Freiheitsstrafe von mindestens zwei Jahren ausgesprochen wird. Ein Problem ist die Behandlung straffälliger ausländischer Jugendlicher, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind. Schill will Abschiebungen, die unabhängig vom Strafmaß sind. Jede Änderung des Ausländergesetzes bedarf jedoch der Regelung durch den Bundestag und setzt eine Bundestagsmehrheit voraus.

- *„Bündelung der Verfahren gegen Straßendealer, die jeweils nur mit kleinen Mengen Drogen aufgegriffen werden, damit eine Strafverfolgung wegen des Verbrechens-Tatbestandes ‚Handel mit Drogen‘ ermöglicht wird.“* (S. 2) – Fakt ist: Seit Frühjahr 1999 gelten zwei Verfügungen der Innen- und Justizbehörde, nach denen genau das möglich ist. Die Umsetzung dieser Verordnungen scheint Schill offenbar nicht auszureichen.
- *„Aufstockung auf mindestens 10.000 Polizeibeamte“* (S. 4) – Derzeit hat Hamburg etwa 8.000 Polizisten. Die Kosten für die rund 2.000 fehlenden Polizisten betragen 140 Millionen DM, die aus Einsparungen erwirtschaftet werden sollen.
- *„Zwingende Ausweisung und Abschiebung bei Verurteilung zu Freiheitsstrafen von mindestens einem Jahr“* (S. 7) – Laut geltender Rechtslage kann ab dreijähriger Haftstrafe abgeschoben werden.
- *„Bundesratsinitiative zur Abschaffung der verfassungsrechtlichen Absicherung des Asylrechts und der Rechtsweggarantie im Asylverfahren“* S. 8) – Dies ist wohl die weitreichendste Forderung Schills. Voraussetzung hierfür wäre eine Grundgesetz-Änderung (Art. 16 und 19). Für diese wäre eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundestag erforderlich.

Lange Zeit ohne Finanzierungsvorschläge für die vielfach kostspieligen Forderungen gab Ronald Schill erst kurz vor der Wahl in einem Tagesschau-Interview vom 7. September 2001 einige Hinweise zur Gegenfinanzierung: Verzicht auf kostspielige Neu-, Aus- und Rückbauprojekte wie die neue Stadtbahn (Einsparvolumen - laut Schill – 3 bis 4 Milliarden Mark), Rückbau der Alsterkrugchaussee von vier auf zwei Fahrspuren (Einsparvolumen 3,5 Millionen Mark) sowie der Bau einer neuen Haftanstalt mit 400 Haftplätzen und 250.000 Mark pro Einzelzelle für 100 Millionen Mark.⁶

1.2. Partei- und Wahlprogramm in Sachsen-Anhalt

Das für die Weiterentwicklung von einer Regionalpartei zu einer bundesweit agierenden Partei erforderliche breite Themenangebot wurde Anfang Dezember 2001 mit der Einsetzung eines „Programmrates“ von Experten eingeleitet. Diese bereiteten in neun Arbeitskreisen das „Partei- und Wahlprogramm“ der „Schill-Partei“ in Sachsen-

Anhalt vor. Es wurde dem Landesparteitag in Halle am 2./3. Februar 2002 vorgelegt und dort verabschiedet.

Die einzelnen Arbeitsbereiche und ihre Leitung waren:

Wirtschaft und Arbeit, Prof. Dr. Michael Kausch; **Innere Sicherheit**, Karlheinz Haur (Polizeipräsident a.D.); **Bildung und Schulpolitik**, Angelika Wolters (Lehrerin), **Kommunalpolitik, Gebietsreform, Abwasserverbände**, Klaus Bierende (Bürgermeister der Stadt Egel); **Handwerk und Mittelstand**, Heiner Friedrich List (Maschinenbaumeister); **Hochschulpolitik** Dipl.-Ing. Dr. habil. Wolfgang Neumann, **Umwelt** Prof. Dr. Ing. Eckehard Specht (Umwelttechnik an der Universität Magdeburg); **Landwirtschaft**, Dr. Wolfgang Malich (Diplom-Historiker), **Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik**, Dr. med. Barbara Ludwig (Kinderärztin). Alle stammen aus Sachsen-Anhalt und vertraten als Fachleute die Politikfelder glaubhaft vor dem Wähler. Einige von ihnen erhielten durch die Programmarbeit Profilierungschancen und wurden als „Zugpferde“ auf dem Landesparteitag auf den vorderen Listenplätzen positioniert.

Im Unterschied zum Hamburger Partei- und Wahlprogramm erhielten im neuen 46-seitigen „Partei- und Wahlprogramm“ der „Schill-Partei“ in Sachsen-Anhalt – neben dem sicher nach wie vor hoch eingestuften Wiedererkennungsthema Innere Sicherheit – die übrigen Politikfelder einen weit größeren Stellenwert:

Präambel (2 Seiten)

- A Wirtschaft und Arbeitsplätze (5 ½ Seiten)
- B Sicherheit und Ordnung (14 Seiten)
- C Schule und Erziehung (4 ½ Seiten)
- D Wissenschaft und Forschung (3 ½ Seiten)
- E Soziales (1 ½ Seiten)
- F Handwerk und Mittelstand (2 Seiten)
- G Landwirtschaft, Umwelt- und Verbraucherschutz (1 ½ Seiten)
- H Bauen und Verkehr (1 Seite)
- I Sport (1/2 Seite)
- K Staats- und Kommunalpolitik (2 ½ Seiten)
- L Kultur und Medien (1/2 Seite)

Die „Schill-Partei“ führte folgende konkrete Einzelmaßnahmen künftiger Politik an:

⁶ Vgl. www.tagesschau.de/archiv/Themen2001/wahl_hamburg/webcast/interviews/schill, S. 5.

- **Wirtschaftsförderung:** Einrichtung einer staatlichen Wiederaufbaubank für Sachsen-Anhalt, die Projekte im Land finanzieren und erforderliches Risikokapital bereitstellen soll.
- Unterstützung von **Mittelstand und Handwerk** u.a. durch die Einführung von baugenehmigungsfreiem Bauen.
- **Wissenschafts- und Bildungspolitik:** Abkehr von den großen Hochschulen und konsequentes Eintreten für Auftragsforschung sowie Wirtschaftskooperationen an kleinen Fachhochschulen.
- **Schulen:** Einführung von Kopfnoten, Ziffernnoten ab Klasse 1 und Abschaffung der Förderstufe und des 13-jährigen Abiturs.
- **Innere Sicherheit:** Stärkung der Polizeipräsenz, um gegen Vandalismus, Kriminalität und Graffiti vorzugehen. Ebenso stehen die Forderungen nach dem Einsatz von Brechmitteln bei Tatverdächtigen sowie die Abschiebung bzw. Inhaftierung von Einreisenden ohne Papiere oder „Scheinasylanten“ auf der Arbeitsagenda.
- **Verkehr:** u.a. Ausbau der A 14 von Magdeburg über Salzwedel nach Lüneburg.

Das Wahlprogramm und seine in einigen Beispielen skizzierten Arbeitsschwerpunkte bot also in verschiedenen Profithemen von CDU und FDP – Wirtschaft, Arbeit, Sicherheit, Bildung und Forschung – Anknüpfungspunkte für eine politische Zusammenarbeit. Allein der Wähler hat dieser Zusammenarbeit im Magdeburger Landtag eine klare Absage erteilt.

1.3. Der Hamburger Koalitionsvertrag

Interessant ist, was von den Ankündigungen des Wahlprogramms der „Schill-Partei“ in Hamburg zu den Politikfeldern Innere Sicherheit (inklusive Drogenpolitik), Justiz und Strafvollzug im Koalitionsvertrag⁷ übrig geblieben ist.

⁷ Vgl. unter www.welt.de/hamburg/koaver.pdf. Der 41-seitige Koalitionsvertrag ist gegliedert in: Präambel (2 Seiten), Schule/Hochschule (7 Seiten), Innere Sicherheit/Justiz/Strafvollzug (7 Seiten), Wirtschaft/Verkehr (8 Seiten), Stadtentwicklung und Bau (2 Seiten), Umwelt (1 Seite), Gesundheit/Drogen/Soziales (5 Seiten), Familie (2 Seiten), Sport (1 Seite), Kultur (2 ½ Seiten), Finanzen (1 ½ Seiten). – Die Schlusserklärung regelt das Abstimmungsverhalten im Senat. Danach haben bei Abstimmungen die Landesinteressen Vorrang. Abstimmungsdifferenzen sollen in einem Koalitions-

Für den Bereich Innere Sicherheit/Justiz/Strafvollzug forderte die „Schill-Partei“ in ihrem Wahlprogramm u.a. die „schnellstmögliche Aufstockung auf mindestens 10.000 Polizeibeamte“, „schuss- und stichsichere Unterziehwesten ohne Eigenbeteiligung“ für alle Beamten, eine verbesserte Polizeiausstattung zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität und „zusätzliche Video-Überwachung“. Davon blieben in den Koalitionsvereinbarungen (S. 11-17) die sofortige Einstellung von 250 Hilfspolizisten, 50 Millionen Mark für die Abwerbung auswärtiger Beamter und die „deutliche Aufstockung der Ausbildungskapazität an der Landespolizeischule und der Fachhochschule der Polizei“ (S. 11) im nächsten Jahr sowie zusätzliche „Videoüberwachung ... nicht flächendeckend, sondern ... an einzelnen öffentlich zugänglichen Orten, an denen wiederholt Straftaten von nicht geringer Bedeutung begangen wurden“ (S. 12). Diese Beschränkung nimmt besonders auf die FDP Rücksicht. Gegen deren „liberalen Grundsätze“ konnten „Schill-Partei“ und CDU mit Blick auf „die Terroranschläge vom 11. September 2001“ die konsequente „Regelanfrage beim Verfassungsschutz vor der Einbürgerung von Ausländern“ durchsetzen (S. 14). „Schill-Partei“ und CDU wiesen auch erfolgreich die Forderung der FDP zurück, Cannabis und Haschisch zu legalisieren.

Die im Koalitionsvertrag vereinbarte Einrichtung geschlossener Heime für jugendliche Intensivtäter, der Stopp aller erlebnispädagogischen Reisen für jugendliche Straftäter und die strafprozessuale Ausnutzung bestehender Gesetze (S. 16) findet sich in den Programmen aller drei Parteien wieder, wobei Schill sich mit Gesetzesverschärfungen indes nicht durchsetzen konnte. Dem Programm der „Schill-Partei“ folgend wurde dagegen explizit die Streichung von komfortablen Annehmlichkeiten für Strafgefangene sowie die Verschärfung von Sicherheitsvorkehrungen wie die Separation von Schwerverbrechern, die Einrichtung von Trennglasscheiben und der restriktive Umgang mit Begnadigungen, Frei- und Ausgängen aufgenommen. Weiter konnte sich Schill damit durchsetzen, dass die Justizvollzugsanstalt Vierlande, die auch wegen ihres Standortes auf dem ehemaligen Gelände des Konzentrationslagers Neuengamme geschlossen werden sollte, weitergeführt und als geschlossene JVA ausgebaut wird (S. 17).

ausschuss geregelt werden, „in den jede Partei drei Vertreter entsendet“ (S. 41). Kommt eine Einigung für Abstimmungen im Bundesrat nicht zustande, wird die Stimmenthaltung des Landes festgeschrieben. Die folgenden Seitenangaben beziehen sich auf den Text des Koalitionsvertrages.

Die von Schill vielfach angekündigte „Auflösung eines Kartells strafunwilliger Jugendrichter“ soll ebenfalls umgesetzt werden. So einigten sich die Koalitionspartner auf eine Dezentralisierung des Bezirksjugendgerichts am Amtsgericht Mitte und die Verteilung der 19 Jugendrichter auch auf die anderen Stadtteilgerichte. Entgegen seinen Wahlankündigungen stimmte er dem koalitionsären Konsens zum Weiterbau der dafür vorgesehenen Ersatzhaftanstalt in Billwerder zu (S. 17). Die Verschärfung des Maßregelvollzugs trägt in ihrer Ausprägung den Forderungen der CDU Rechnung. Ihr Versprechen, Staatsanwaltschaften, Gerichte und den Bereich der Gerichtsvollzieher umfassend aufzustocken, findet dagegen erst Niederschlag im Haushalt 2002 (S. 15).

Der Abschnitt zur **Drogenpolitik** (S. 30/31) trägt die Handschrift aller drei Koalitionspartner. So stimmte die „Schill-Partei“ – entgegen ursprünglichen Aussagen des Wahlprogramms – CDU und FDP bei der Fortführung von Substitutionsprogrammen und der Errichtung weiterer Fixerstuben nur mit ausdrücklicher Erwähnung des Therapiezieles, Ausstieg aus der Sucht und Drogenfreiheit, zu. „Schill-Partei“ und CDU drängten im Koalitionsvertrag erfolgreich auf die verschärfte Verfolgung von Dealern im Umfeld der so genannten Gesundheitsräume und die Ausweitung des Handlungskonzeptes St. Georg auf ganz Hamburg sowie die konsequente Verabreichung von Brechmitteln. Mit der Forderung, die geplante staatliche Heroin-Vergabe auf weniger Probanden zu reduzieren, setzte sich die CDU durch - wenn auch nur für den Fall, dass vertragliche Bindungen dies zulassen.

Nach Unterzeichnung des Koalitionsvertrages durch die Verhandlungsführer von CDU, FDP und der „Partei Rechtsstaatlicher Offensive“ am 19. Oktober 2001 hatten Sonderparteitage der drei künftigen Koalitionspartner dem Vertragswerk und der Besetzung der Senatsposten zuzustimmen.

Am 20. Oktober 2001 stimmten die ca. 200 Delegierten des Landesausschusses der Hamburger CDU auf ihrer Sitzung im Congress-Centrum Hamburg einstimmig für den Koalitionsvertrag.

Die „Schill-Partei“ folgte einen Tag später auf ihrem Sonderparteitag im Harburger Hotel Lindner.⁸ Auf der Tagesordnung standen für die 355 Delegierten nach Angaben

⁸ Ira von Mellenthin, Schill-Partei wählt Vorstand, in: DIE WELT – 24. Oktober 2001; vgl. Satzung § 12 Abs. 2 unter www.schill-partei.de. Dort heißt es zur Einberufung von Parteitag, wobei in der Gründungsphase der „Schill-Partei“ der Hamburger Landesverband zugleich die Aufgaben des Bundesverbandes übernimmt und Landes- wie Bundesvorstand der Partei identisch sind: „Außerordentliche

von Partei-Vize Mario Mettbach neben der Aussprache über die Koalitionsvereinbarung mit der CDU und der FDP die Neuwahl des Vorstandes. Im Vordergrund standen die Vorstandswahlen, die den alten 5-köpfigen Vorstand mit Schill, Mettbach, Frühauf, Nockemann und Freund erneut bestätigten. Schill wurde mit 351 von 355 Stimmen oder 99 Prozent im Amt bestätigt. Gegen seinen Stellvertreter Mettbach formierte sich mit 83 Gegenstimmen Widerstand. Diese fielen auf den einzigen Gegenkandidaten Mettbachs, den 60-jährigen Betriebswirt und Bürgerschaftsabgeordneten Frank-Michael Bauer (Listenplatz 8, Wahlkreis Bergedorf). Bauer war nach eigenen Angaben angetreten, „weil die innerparteiliche Demokratie (beim dominierenden Vorstand) und die demokratische Gewaltenteilung nicht mehr gegeben“⁹ war. Mettbach wurde mit 260 Stimmen oder 75,1 Prozent bestätigt.

Ein Sonderparteitag der hamburgischen Liberalen billigte am 22. Oktober 2001 nach heftigen Diskussionen über die Besetzung der Posten und über die Wahrung liberalen Profils im Mitte-Rechts-Bündnis erstaunlich klar mit 88 Ja- gegen 29-Nein-Stimmen (= 74 Prozent) den mit CDU und „Schill-Partei“ ausgehandelten Koalitionsvertrag sowie die Verteilung der Senatorenposten. Mit der Zustimmung der Freien Demokraten wurde die letzte Hürde für die Regierungsbildung vor der Wahl des Ersten Bürgermeisters am 31. Oktober genommen. Damit war die 44jährige Regentschaft der SPD in der Hansestadt – zuletzt zusammen mit den Grünen – beendet.

Die neugewählte Bürgerschaft trat am 31. Oktober 2001 zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen.

1.4. Die 100-Tage-Bilanz in Hamburg¹⁰

Besonders von der Öffentlichkeit wahrgenommen wurde die Bilanz Innensenator Schills. Immerhin hatte Schill im Wahlkampf

Versammlungen und Parteitage sind unter Einhaltung einer Ladungsfrist von sieben Tagen einzuberufen, wenn a) es das Interesse der Partei Rechtsstaatlicher Offensive dringend erfordert, ... (3) Stimmberechtigt auf den Versammlungen und Parteitag sind ... d) bei Bundesparteitag die Delegierten der Landesverbände.“ Und § 13 Beschlussfassung auf Versammlungen/Parteitag fordert: „(1) Die Versammlung/der Parteitag ist beschlussfähig, wenn sie/er satzungsgemäß einberufen wurde und mindestens ... c) auf Landes- und Bundesebene fünfzig vom Hundert aller stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist.“ In der Gründungsphase der Schill-Partei mit verhältnismäßig wenigen Mitgliedern spricht vieles dafür, das von Fall zu Fall entschieden wird, ob die Form der Mitglieder- oder Delegiertenversammlung gewählt wird. Die Satzung lässt beides zu.

⁹ 99 Prozent – Schill bleibt Parteivorsitzender, in: Die Welt – 29. Oktober 2001.

¹⁰ Pressemitteilung vom 5.02.2002 unter www.hamburg.de/fhh/aktuelle_meldungen/archiv_2002.

versprochen, die Verbrechensquote binnen 100 Tagen zu halbieren und die Polizeistärke um 2.000 Kräfte auf 10.000 aufzustocken: In 2002 werden 20,8 Millionen Mark mehr als vom rot-grünen Vorgänger für die Polizei ausgegeben. Davon können u.a. die bereits im Koalitionsvertrag mächtig herunterkorrigierten 250 zusätzlichen Polizeibeamten, 250 weitere Angestellte und die Verdopplung der Ausbildungskapazität für Polizeivollzugsbeamte auf 280 finanziert werden. Schill konnte Bayern zu einem symbolischen Beitrag zur Inneren Sicherheit bewegen. Es ließ Hamburg im Februar 2002 für vier Wochen 20 Polizeibeamte aus.¹¹ Die systematische Abwerbung von Polizeikräften aus anderen Bundesländern war dagegen von der Innenministerkonferenz Ende 2001 heftig kritisiert worden. Auch die von Presse und Öffentlichkeit belächelten blauen Polizeiuniformen konnte Schill einführen.

Im Einzelnen konnte Schill auf folgende Bilanzpunkte verweisen:

- 250 neue Angestellte für die Polizei und die Verdopplung der Ausbildungskapazitäten für Polizeivollzugsbeamte auf 280.
- Zur Bekämpfung der Jugendkriminalität wurde die im Koalitionsvertrag versprochene Dienststelle LKA 433 (Jugendgruppengewalt) Anfang Februar 2002 wieder eingerichtet.
- die der Identitätsfeststellung dienende Anhörung von 460 Personen durch die Ausländerbehörde, die gemeinsam mit dem Botschaftspersonal aus Burkina Faso durchgeführt wurde. Bemerkenswert im Zusammenhang mit der abschiebungsrelevanten Anhörung ist, dass von 2.214 tatverdächtigen Drogendealern gut ein Viertel angeben, aus Burkina Faso zu kommen.
- die konsequente Abschiebung von 483 ausreisepflichtigen Ausländern in den Monaten November und Dezember 2001 – im Schnitt mehr als 240 im Monat. Monatlich waren es unter Rot-Grün in den ersten 10 Monaten 2001 knapp 170 Rückführungen.
- die Auflösung der Polizeikommission – ein zentrales Wahlversprechen – und die Einrichtung der Außenstelle Feuerwehr im Elbtunnel zur Verbesserung der Sicherheit des Elbtunnels.

¹¹ Matthias Krupa/Liane von Billerbeck, Der schillernde Roland, in: Die Zeit – 31. Januar 2002.

- Die Verstärkung des Hamburger Verfassungsschutzes um 15,5 Stellen.
- Die Auszahlung von Überstunden bei der Polizei. Durch Bereitstellung von 2,55 Mio. € kann fast ein Viertel der insgesamt fast 700.000 Überstunden in diesem Jahr ausbezahlt werden.

Wegen der engen inhaltlichen Verzahnung von Innenressort mit dem Justizressort (Senator Kusch, CDU) gehört in die Bilanz auch:

- mehr Personal für die Staatsanwaltschaft, nachdem die Justiz von ihren Sparverpflichtungen befreit und dadurch 90 Stellen gesichert werden konnten. Zusätzlich werden der Staatsanwaltschaft 15 neue Staatsanwälte und 15 neue Rechtspfleger oder Service-Kräfte bewilligt. Der Justizetat wird um rund 3,4 Mio. € aufgestockt, der Allgemeine Vollzugsdienst im Strafvollzug von noch zu erbringenden Einsparungen in Höhe von 2,9 Mio. € befreit. Damit kann auf den noch vom rot-grünen Senat geplanten Abbau von 70 Stellen bis Ende 2003 verzichtet werden.
- die Einrichtung von 192 zusätzlichen Haftplätzen in der neuen Justizvollzugsanstalt Billwerder, die Anfang 2003 den Betrieb aufnehmen wird. Auch die neue als geschlossene Haftanstalt konzipierte JVA ist ein Wahlversprechen mit Symbolkraft für Innere Sicherheit.
- die Abschaffung des Spritzentauschs im Hamburger Strafvollzug, da sich gezeigt hat, dass die freie Verfügbarkeit von Spritzen den Konsum harter Drogen unter Gefangenen fördert.
- die entschlossene Bekämpfung der offenen Drogenszene – ein zentrales Wahlversprechen. Dazu wurden seit Anfang Dezember 2001 konsequent die Zahl der durchgeführten Brechmitteleinsätze erheblich gesteigert und die Zahl der zusätzlich bei der Bekämpfung der offenen Drogenszene eingesetzten Polizisten erhöht, indem Kräfte von Aufgaben des Objektschutzes befreit wurden.

Ole von Beusts Bewertung der ersten 100 Tage trifft im Wesentlichen zu: „Ich denke, dass die Menschen in der Stadt gemerkt haben, dass hier ein Wechsel eingetreten ist, den die Regierung als Gesamtes eingeleitet hat. ... es war insgesamt ein guter Start mit kleinen Holperereien, aber insgesamt ein vernünftiger Start.“¹²

¹² NDR-Interview mit Ole von Beust vom 7.02. 2002 unter www.ndr4.de/interviews/200202073.

Es bleibt abzuwarten, ob es dem Mitte-Rechts-Bündnis, insbesondere Innensenator Schill, gelingt, positive Anfänge, die zunächst die Popularität CDU-Bürgermeisters Ole von Beust steigerten,¹³ zu verstärken und Hamburg einen nachhaltigen Erneuerungsschub zu geben. Dass es Positives zu berichten gab, wurde von der Öffentlichkeit durchaus wahrgenommenen.¹⁴

Der programmatische Vergleich der „Schill-Partei“ in Hamburg und Sachsen-Anhalt belegt: Während die Hamburger Mutterpartei allein mit dem Politikfeld Innere Sicherheit beim Wahlbürger für sich erfolgreich argumentieren und werben konnte, versuchte die „Schill-Partei“ in Sachsen-Anhalt – neben dem *Wiedererkennungsthema* Innere Sicherheit – weitere Politikfelder (Wirtschaft, Arbeit, Bildung) zu besetzen. Auch wenn der Magdeburger Wähler am 21. April das Themenangebot nicht annahm und lieber die „Originale“ der Politikfelder, nämlich CDU und FDP, wählte, deutet sich der Trend weg von der Ein-Themen-Partei an.

¹³ „Kritik und Lob für die Politiker. Ole von Beust bekanntester Politiker“ unter www.ndr.de/903/wir/sendungen/100tagesenat/bewertung.

¹⁴ „100 Tage neuer Senat: Wirtschaft überwiegend zufrieden“ vom unter www.ndr.de/903/wir/sendungen/100tagesenat/wirtschaft; Hamburgs neue Regierung: Ihre Stärken, Ihre Schwächen, Ihre großen Probleme, in: Die Welt – 5. Februar 2002. Die Welt urteilt nüchtern: „Gleichwohl muss dem Neu-Politiker (= Schill) konzediert werden, im Rahmen des finanziell Möglichen tatsächlich erste Akzente gesetzt zu haben. Mit der Einwerbung von Mitteln für 250 neue Angestellte im Polizeidienst und 280 neue Stellen im Vollzugsdienst ist die Polizei erstmals seit Jahren nachhaltig aufgestockt worden, ebenfalls der Verfassungsschutz mit 15 Stellen.“

2. Die Wähler der „Schill-Partei“

2.1. Die Wähler in Hamburg

Die Hamburger Bürgerschaftswahl vom 23. September 2001 brachte Überraschungen:

- Erstmals in der Nachkriegsgeschichte kam mit der „Schill-Partei“ eine Partei, die gerade einmal gut ein Jahr existierte, aus dem Stand auf 19,4 Prozent der Wählerstimmen.¹⁵
- Erstmals seit zwei Jahren ging die Wahlbeteiligung bei einer Landtagswahl nicht zurück, sondern stieg um 2,3 Prozentpunkte.
- Ebenfalls gegen den Trend in den vorhergehenden Landtagswahlen stand für die Bürgerinnen und Bürger der Hansestadt trotz allgemeiner Krisensituation nach den Terroranschlägen vom 11. September in den USA die Landespolitik im Vordergrund ihrer Wahlentscheidung.

Die Gründe hierfür lagen in erster Linie im alles dominierenden Politikfeld Innere Sicherheit. Besonders in diesem Bereich sahen die Bürger dringenden Handlungsbedarf, da sowohl die rot-grüne Landesregierung durch Innensenator Olaf Scholz (SPD) das Thema Innere Sicherheit erst sehr spät vor den Wahlen besetzte, als auch die CDU-Opposition diesen traditionellen Kompetenzbereich nicht hinreichend vermitteln konnte. Hinzu kam, dass „Amtsrichter Schill“ bei der regionalen und überregionalen Presse starke Unterstützung bei seiner Kampagne erhielt.

Ronald Schill konnte sich und seine rasch mit ihm gleich gesetzte Partei – kaum ein Presseorgan gebraucht den Namen „Partei Rechtsstaatlicher Offensive“ (P.R.O.) – als Fachmann für Innere Sicherheit und seine Partei als Anti-Parteien-Partei profilieren.

Schill gelang es, das Hamburger Protestpotenzial, das sich bereits 1993 gezeigt hatte, zu bündeln. Damals hatten 5,6 Prozent der Wähler für die „Statt-Partei“ gestimmt;

¹⁵ Die folgende Kurzbewertung stützt sich auf die Erhebung der Forschungsgruppe Wahlen, zitiert nach „Vor allem ältere Männer wählten Schill“, in: Der Tagesspiegel – 25. September 2001; Kurzanalyse von Infratest dimap unter www.infratest-dimap.de/wahlen/hamburg01 (Stand: 28. September 2001).

die Republikaner waren mit 4,8 Prozent nur knapp am Einzug in die Bürgerschaft gescheitert; die DVU konnte 2,8 Prozentpunkte erzielen.¹⁶

Die Wahlanalyse von infratest dimap zur Bürgerschaftswahl 2001 belegt eindeutig: Etwa drei Viertel der Wähler nannte Innere Sicherheit als ausschlaggebendes Thema ihrer Wahlentscheidung und die Hälfte das Thema Ausländerpolitik. Der hohe Stimmenanteil der „Schill-Partei“ ist also auf landesspezifische Fragen und die Person Schills zurückzuführen.

Für 95 Prozent seiner Wähler stand Schill für Sicherheit und Ordnung in Hamburg. Andererseits polarisiert Schill auch, da große Teile der Bevölkerung ihn vehement ablehnen. Der Erfolg der „Schill-Partei“, die von gut 165.000 Bürgern gewählt wurde, liegt auch in der breiten sozialen Streuung des Wählerpotenzials. Im Gegensatz zu rechtsradikalen Parteien, die in früheren Wahlen vor allem auf Kosten einer der großen Parteien in einigen Ländern zweistellige Ergebnisse erzielen konnten – zuletzt die DVU 1998 in Sachsen-Anhalt mit fast 13 Prozent, hat Schill Wähler in allen sozialen Schichten.

Schill erreichte überproportionale Stimmenanteile vor allem bei Unter- und Mittelschichten. Nach der repräsentativen Wahltagsbefragung von Infratest dimap gaben ihm von den Arbeitern 29 Prozent, von den einfachen Angestellten 25 Prozent ihre Stimme. Die Unterschiede zwischen den Bildungsgruppen sind eklatant: Während rund 24 Prozent der Wähler mit einfacher Schulbildung (einschließlich Mittlerer Reife) für Schill stimmten, waren es nur 12 Prozent mit Abitur. Geschlechtsspezifisch erreichte er erheblich mehr Stimmen bei Männern der Altersgruppe über 45 Jahre (25 Prozent), die niedrigsten Stimmenwerte bei Frauen zwischen 25 und 45 Jahren (13 Prozent). Den Wechsel nach 44 Jahren SPD-Herrschaft hat demnach in Hamburg die ältere Generation zustande gebracht: Bei den Wählern unter 45 Jahren behielt Rot-Grün weiterhin eine absolute Mehrheit.

Dass Schill in nahezu alle Wählerschichten eindringen konnte, belegt auch die Wählerwanderungsbilanz: Drei etwa gleich große Gruppen wanderten zu Schill: 36.000 Wähler kamen von der regierenden SPD, 37.000 von der oppositionellen CDU sowie 38.000 von den nicht in der Bürgerschaft vertretenen Parteien, insbesondere aus

¹⁶ Statistisches Landesamt Hamburg, Analyse der Wahlen zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen 1993 und 1997 (Hamburger Statistische Porträts, Band 4)

dem rechten Parteieinspektrum. Sie erreichten diesmal zusammen nicht einmal ein Prozent. Eine beträchtliche Gruppe von 31.000 Wählern konnte Schill aus dem Lager der Nichtwähler mobilisieren. In grüne und liberale Wählerschichten konnte Schill nicht eindringen. Allerdings haben die Grünen kräftig an die SPD verloren, die damit ihre Einbußen an Schill kompensieren konnte.

Das soziale Profil der „Schill-Partei“ schlägt sich auch in der regionalen Verteilung nieder. Am wenigsten Stimmen – mit nur wenig über 10 Prozent – erzielte Schill im nördlichen Bereich der inneren Stadt: einerseits in den besseren Wohngebieten rund um die Alster, in Elmsbüttel und Harvestehude; andererseits in den alternativen Quartieren von Altona, Ottensen, St. Pauli und St. Georg. Der Gegenpol liegt eher im Süden und Südosten. Der Stadtbezirk mit den höchsten Schill-Anteilen ist Harburg (27,4 Prozent), absoluter Spitzenreiter dabei das Problemgebiet Wilhelmsburg, wo Schill mit 35 Prozent nur ganz knapp hinter der SPD liegt. Ebenfalls sehr hohe Werte (zwischen 26 und 28 Prozent) gab es für ihn in den östlich angrenzenden Hafен-, Industrie- und Arbeitergebieten.

Die Verteilung der Wählerschaft Schills hat somit auch die sozialen Spannungen in der modernen Großstadt Hamburg sichtbar gemacht.

2.2. Die Wähler in Sachsen-Anhalt

Ausschlaggebend für den Misserfolg war u.a. eine auf den Hamburger Klinikunternehmer Ulrich Marseille zugeschnittener Wahlkampf, der als „Westimport“ von den Wahlbürgern Sachsen-Anhalts abgelehnt wurde. Überdies hatte die Abspaltung der R-B-P (Rechtsstaatlichen Bürger Partei), die sich bewusst auf ihre Verwurzelung im Land stützte und von Marseille abgrenzte, die Kampagnefähigkeit der „Schill-Partei“ noch vor ihrem Gründungsparteitag vom 2./3. Februar 2002 in Halle geschwächt. Ebenso dürfte eine auf die Asyl- und Ausländerthematik gerichtete Plakatkampagne, die das rechte Wählerspektrum einbezog, zahlreiche Wähler davon abgehalten haben, ihre Stimme der „Schill-Partei“ zu geben.¹⁷ Es ist anscheinend nicht gelungen, die mit dem Spitzenkandidaten Marseille angetretene „Partei Rechtsstaatliche Offensive“ (PRO) mit der in Hamburg populären Person Ronald Schills zu identifizieren.

¹⁷ Vgl. www.schillsachsenanhalt.de/serviceseite.

Die „Schill-Partei“ wurde überwiegend von Männern der jüngeren und mittleren Jahrgänge (**Altersgruppe** der 25- bis 44jährigen), gewählt.¹⁸ Dort lag der Wähleranteil bei 8 Prozentpunkten. Beim Wahlverhalten nach **Berufsgruppen** wählte fast jeder zehnte Arbeiter (9 Prozent) und immerhin 7 Prozent der Arbeitslosen die „Schill-Partei“. Beim Wahlverhalten nach **Bildungsgruppen** wählten überwiegend Personen mit unteren und mittleren Bildungsabschlüssen die „Schill-Partei“.

Wählerwanderung: Ähnlich Hamburg – wenngleich in weit geringerem Ausmaß – mussten fast alle Parteien an die „Schill-Partei“ Wähler abgeben. Sie erhielt von der DVU 14.000, von der SPD 10.000 und von der CDU 8.000 Stimmen. Auch die PDS gab 4.000 Wähler an die „Schill-Partei“ ab. Aus dem Nichtwähler-Lager konnte die „Schill-Partei“ 6.000 Stimmen mobilisieren. 4.000 Erstwähler gaben der PRO ihre Stimme.

Hochburgen: Überdurchschnittlich konnte die „Schill-Partei“ in ländlichen Gebieten sowie kleinen bzw. mittleren Städten Wähler an sich binden. 6 Prozentpunkte und darüber waren es in Querfurt (6,0%), Wolfen (6,1%), Jessen (6,2%), Bitterfeld (6,7%) und Aschersleben (6,7%).

Unterdurchschnittlich ist sie in Großstadtwahlkreisen vertreten – Magdeburg 5 (2,9%), Halle 3 (3,1%) und Magdeburg 1 (3,2%).¹⁹

¹⁸ Vgl. Infratest dimap, Analyse der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 21. April 2002.

¹⁹ MDR-Online, Wahl 2002 – Sachsen-Anhalt unter www.mdr.de/sachsen-anhalt-wahl/ergebnisse

3. Schills Personal in Hamburg und Sachsen-Anhalt

Da die „Schill-Partei“ zunächst in Hamburg antrat, ist der Parteiapparat auf Bundes- und Landesebene weitgehend identisch. Von Hamburg erfolgte die bundesweite Ausbreitung, die von der „Kommission zur bundesweiten Ausdehnung“ (s. Kapitel 4) koordiniert wird. Das Gremium, das die feste Anbindung an die Hamburger Mutterpartei garantieren soll, besteht im Wesentlichen aus führenden Hamburger Parteimitgliedern. Engpässe an politik- und verwaltungserfahrenem Personal führen zu einer Mehrfachbelastung der Parteiführung im Hamburger Senat, in Bürgerschaftsfraktion und Parteiarbeit – nicht zuletzt beim Aufbau neuer Landesverbände. Der Übersicht wegen wird dennoch zunächst Schills Personal in Hamburg, in einem zweiten Schritt das Personal in Sachsen-Anhalt kurz beschrieben.

3.1. Schills Personal im Hamburger Senat, Bürgerschaft und Partei

Das neue Kabinett wurde am 31. Oktober 2001 vorgestellt. Darin erhielten Ronald Schill und seine Partei drei Ressorts des auf zehn Behörden reduzierten Senats.²⁰

Ronald Barnabas Schill (Innensenator):²¹

Den Posten des Innensenators und Zweiten Bürgermeisters erhielt den Koalitionsvereinbarungen entsprechend Parteigründer Ronald Schill (Listenplatz 1,²² Wahlkreis Hamburg Wandsbek). Der gebürtige Hamburger absolvierte sein Jurastudium und ein dreisemestriges Psychologiestudium in der Hansestadt. Nach Abschluss seines Zweiten Juristischen Examens 1992 ließ er sich zunächst als Rechtsanwalt in Hamburg nieder. Von Mai 1993 bis zur Berufung als Senator war Schill als Amtsrichter in Hamburg tätig. Schill ist Lehrbeauftragter für Strafrecht an der Universität Hamburg.

²⁰ Vgl. http://www.hamburg.de/fhh/behoerden/senatskanzlei/senat_aktuell.htm; Neuer "Bürgerblock"-Senat in Hamburg vereidigt, in: DIE WELT – 1. November 2001; Ole von Beust ist Hamburgs neuer Bürgermeister, in: DIE WELT – 1. November 2001. Die parteilose Dana Horakova konnte Ende Januar 2002 für das zunächst kommissarisch von Bildungssenator Lange verwaltete Kulturressort gewonnen werden. Dazu Hamburger Morgenpost – 24. Januar 2002.

²¹ Vgl. Lebenslauf unter www.schill-partei.de/index2.

²² In der Folge werden in Klammern die jeweiligen Plätze der Kandidatenliste für die Bürgerschaftswahl angegeben.

Noch vom Hamburger Justizsenator (SPD) zum Amtsrichter ernannt, brachten ihm harte Gerichtsurteile den Namen „Richter Gnadenlos“ ein.

Erst wenige Tage vor der Bürgerschaftswahl wurde vom Karlsruher Bundesgerichtshof ein gegen ihn wegen Rechtsbeugung und Freiheitsberaubung erhobenes Urteil an das zuständige Hamburger Landgericht zurückgewiesen. Schill wurde vorgeworfen, er habe als Amtsrichter die Haftbeschwerden zweier Prozess-Störer nicht zügig genug weitergeleitet. Der Prozess wurde ab 14. Dezember 2001 neu aufgerollt und endete mit dem Freispruch am 19. Dezember, da ihm die vorsätzliche Verschleppung des Einspruchs der Prozess-Störer gegen die dreitägige Haftstrafe nicht zweifelsfrei nachgewiesen werden konnte.²³

Verteidiger war sein heutiger Staatsrat Walter Wellinghausen (57), der am 22. Dezember 2001 sein Amt antrat. Auf Grund dieser Vorgänge wirft ihm die rot-grüne Opposition „Filz“ vor. Immerhin hatte Schill erst wenige Tage zuvor seinen Parteifreund Nockemann zum Büroleiter ernannt. Doch ist es keineswegs ungeschickt, mit Wellinghausen einen Staatsrat mit SPD-Parteibuch zu berufen. Immerhin war er von 1980 bis 1990 für die SPD Abgeordneter in der Bezirksversammlung Nord. Sachlich nachvollziehbar sind Schills Hinweise auf Wellinghausens langjährige Berufserfahrung in Verwaltungs-, Zivil-, Arbeits- und öffentlichem Dienstrecht.²⁴ Zwar ist der Rückgriff auf behördenereifere und fachkompetente Vertrauensleute verständlich; doch war die „Schill-Partei“ mit dem Anspruch angetreten, mit rot-grünem Filz aufzuräumen, und wird an diesem Maßstab gemessen.

Erst Ende Dezember 2001 vom Vorwurf der Rechtsbeugung und Freiheitsberaubung frei gesprochen, drohte Schill mit dem Vorwurf des Drogenmissbrauchs in der Hamburger Schickerieszene neues Ungemach. Nach dem negativen Münchener Drogentest, den Schill pressewirksam vermarktete, hat Hamburgs Innensenator gegen den Norddeutschen Rundfunk eine einstweilige Verfügung erwirkt. Das TV-Magazin „Panorama“ darf die Kokain-Vorwürfe nicht mehr wiederholen, die ein anonymes Zeuge, der bei der Berücksichtigung für ein Bürgerschaftsmandat übergangen wor-

²³ Hamburger Abendblatt – 30.10.2001.

²⁴ Pressemitteilung vom 20.11.2001 unter www.hamburg.de/fhh/aktuelle_meldungen/archiv_2001; Elke Spanner, Kein politischer Prozess der Berufung, in: taz Nr. 6606 – 21.11.2001; SPIEGEL ONLINE - 21. Dezember 2001.

den war, gegen den Schill geäußert hatte.²⁵ Dieser hatte behauptet, Schill habe mehrfach – zuletzt auf der Wahlparty – Kokain genommen.²⁶ Was bleibt, ist Schills Ruf, die Amtsgeschäfte zu locker zu betreiben und seine „erweiterten Bürgersprechstunden“ bevorzugt auf „Promi-Partys“ in Hamburger Szenelokalen abzuhalten²⁷.

Auch neue Ermittlungen der Hamburger Staatsanwaltschaft wegen des Verdachts der Vorteilsnahme im Amt sorgen für Schlagzeilen. Danach soll Innensenator Schill den Privatjet seines Parteifreundes Marseille für den Flug zum Drogentest nach München und zum Weiterflug zu einem TV-Auftritt nach Berlin benutzt haben - Frage, ob als Privatmann, Parteivorsitzender oder Senator. Marseille wollte den Flug als Parteispende verstanden wissen. Strafbar wäre der 5.000 € teure Flug aber nur dann, wenn Schill Marseille als Gegenleistung für den Flug geschäftliche Vorteile verschafft hätte.²⁸

Mario Mettbach (Senator für Bau, Verkehr und Stadtentwicklung):²⁹

Mario Mettbach (Listenplatz 2) übernahm die neu geschaffene Behörde für Bau, Verkehr und Stadtentwicklung. Der 49-jährige Vater dreier Kinder absolvierte von 1967 bis 1970 eine Ausbildung zum Speditionskaufmann und war zunächst im erlernten Beruf in Hamburg tätig. 1974 wurde Mettbach Berufssoldat. Er studierte an der Fachhochschule des Heeres in Darmstadt von 1980 bis 1982 Betriebswirtschaft und wurde 1985 Berufsoffizier in der Bundeswehr, heute im Rang eines Hauptmanns. Mettbach vertritt den Bezirk Hamburg Wandsbeck. Er ist Stv. Vorsitzender der „Schill-Partei“ und koordinierte gemeinsam mit Schills Ex-Lebensgefährtin Katrin Freund den Bürgerschaftswahlkampf. Parteierfahrungen konnte Mettbach in CDU und „Statt-Partei“ erwerben. In der CDU brachte er es 1988 zum Stellvertretenden Vorsitzenden im kleinen Ortsverband Hamburg-Jenfeld. Nach misslungenem Kandidaturversuch für die Hamburger Bürgerschaft – er wurde von seiner Partei nicht aufgestellt – verließ er 1993 die CDU und wurde Mitgründer der Statt-Partei, für die er bis 1997 als

²⁵ Schill-Interview mit Dagmar von Taube „Wir sind keine Spießer“, in: Welt am Sonntag – 3. Februar 2002; SPIEGEL ONLINE – 20.02.2002.

²⁶ Niederschrift der Panorama-Sendung Nr. 609 vom 7. Februar 2002.

²⁷ Reymer Klüver, Schill, oder: Partys statt Politik, in: Süddeutsche Zeitung – 28. Januar 2002; Matthias Krupa/Liane von Billerbeck, Der schillernde Roland, in: Die Zeit – 31. Januar 2002.

²⁸ Vgl. Tagesschau-Newsletter vom 25. Februar 2002 unter tagesschau.de/aktuell/meldungen; ferner SPIEGEL ONLINE - 25. Februar 2002.

²⁹ Lebenslauf unter www.hamburg.de/fhh/behoerden/senatskanzlei/lebenslaeufer/mario_mettbach.

Abgeordneter in der Bezirksversammlung Wandsbeck tätig war. Mettbach gehört demnach zu den wenigen Personen mit politischer Erfahrung in der „Schill-Partei“.

Der bislang erfolgreichste Behördenchef der drei Senatoren, die die „Schill-Partei“ stellt, verspielte allerdings durch eine Affäre mit seiner Lebensgefährtin Claudia Häde, die er zur Persönlichen Referentin machen wollte, Glaubwürdigkeitskredit. Auf Druck von Bürgermeister Ole von Beust musste Mettbach am 15. Februar 2002 seine Referentin entlassen und sich vor der Hamburger Bürgerschaft entschuldigen. Bereits während seiner Zeit bei der Statt-Partei hatte Mettbach seine Tochter mehrere Jahre in einem Bezirksbüro der Statt-Partei angestellt. Auch ein Beitrag als Bezirksabgeordneter der Statt-Partei im Oktober 2000 für die „Junge Freiheit“, dem Zentralorgan der Neuen Rechten, wurde ihm vorgehalten.³⁰

Peter Rehaag (Senator für Gesundheit, Verbraucherschutz und Umwelt):³¹

Schills Partei- und Studienfreund Peter Rehaag (Listenplatz 13) erhielt das Ressort Gesundheit, Verbraucherschutz und Umwelt. Der 42-jährige Jurist ließ sich 1991 zunächst als Rechtsanwalt nieder und gründete die Rechtsanwaltskanzlei Dommel, Schlosser & Partner mit Tätigkeitsschwerpunkten im Bereich der Beratung von Bauunternehmen im Raume Hamburg. Seit 1996 ist Rehaag als Geschäftsführer in Gesellschaften im Hamburger Immobilienbereich tätig. Er vertritt für die „Schill-Partei“ den Bezirk Hamburg-Nord und ist Stv. Fraktionsvorsitzender in der Hamburger Bürgerschaft. Rehaag gehört zu den engen Mitarbeitern Schills.

Einige weitere Beispiele aus der **Bürgerschaftsfraktion** zeigen ein grundlegendes Problem der „Schill-Partei“ – ihr schmales Tableau an politik- und behördenerfahrenem Personal. Dieses Manko kann entscheidend sein für den politischen Erfolg in

³⁰ Karsten Plog, Schill-Partei sorgt für Affären, in: Frankfurter Rundschau – 23. Januar 2002; Schill-Senator schrieb für Rechts-Zeitung, in: SPIEGEL-ONLINE – 25. Januar 2002; Matthias Krupa/Liane von Billerbeck, Der schillernde Roland, in: Die Zeit – 31. Januar 2002; René Wagner, Es fehlt an Könnern. Die Patzer der Schill-Partei in, Hamburg, in: FAZ – 2. Februar 2002.

³¹ Vgl. Lebenslauf unter www.hamburg.de/fhh/behoerden/senatskanzlei/lebenslaeufe/peter_rehaag. Bei der Verifizierung eines biographischen Details bei Senator Rehaag – es wurde gefragt, was die Walter und Käthe-Busche-Stiftung sei und welche Funktion sie im öffentlichen Leben Hamburgs erfülle, wurde eine schriftliche Anfrage gewünscht, die Aufschluss über Anliegen und Herkunft des Anfragenden gab. Beides sollte geprüft werden, da es sich um die Person des Senators handelte. Davon sollte eine Auskunft abhängig gemacht werden. Ein sicher kleiner, aber deutlicher Hinweis auf die Gefühlslage mancher Schill-Gefolgsleute in Spitzenfunktionen der Hansestadt; ferner Reymer Klüver, Schill, oder: Partys statt Politik, in: Süddeutsche Zeitung – 28. Januar 2002.

der laufenden Legislaturperiode in Hamburg und für das Auftreten der Partei in anderen Bundesländern.

Norbert Frühauf (Fraktionsvorsitzender):³²

Vorsitzender der 25-köpfigen Bürgerschaftsfraktion ist Norbert Frühauf (Listenplatz 3) aus dem Bezirk Hamburg-Mitte. Die Arbeitsschwerpunkte des 43-jährigen in der Bürgerschaft sind Wirtschafts- und Rechtspolitik. Der seit 1993 in Hamburg als selbstständiger Rechtsanwalt tätige Frühauf bringt Erfahrungen in Verbands- und Parteiarbeit mit. Er ist u.a. Landesvorsitzender und Bundesvorstandsmitglied des Deutschen Gewerbeverbandes sowie Vorsitzender einer Stiftung des Handwerks. Innerparteilich wartet auf ihn vielfältige Arbeit als Bundes- und Landesschatzmeister der „Schill-Partei“. Frühauf brachte es in der CDU bis zum Ortsverbandsvorsitzenden von Billstedt-Horn. Gegen Frühauf ermittelte die Staatsanwaltschaft Ende 2001 wegen Falschaussage – er sollte nach Auskunft der Hamburger Anwältin Christiane Yüksel 1989 in einem juristischen Seminar rassistische und antisemitische Äußerungen gemacht haben. Frühauf hat diesem Vorwurf eidesstattlich widersprochen.³³

Katrin Freund (Parlamentarische Geschäftsführerin)³⁴:

Parlamentarische Geschäftsführerin und bildungspolitische Sprecherin ihrer Fraktion ist Katrin Freund (Listenplatz 4) aus dem Bezirk Wandsbek. Die 34-jährige Chemnitzerin war Wahlkampfmanagerin und ständige Beraterin Schills bei den Bürgerschaftswahlen. Sie war nach ihrer kaufmännischen Ausbildung und einen Studienaufenthalt in den USA als Kauffrau, Marketing-Expertin und freie Maklerin tätig. Freund ist Mutter eines achtjährigen Sohnes und war mehrjährige Lebensgefährtin Schills. Freund nimmt nach ihrer Trennung von Schill Ende letzten Jahres neben ihrem Bürgerschaftsmandat und der zeitaufwändigen Arbeit als Bundes- und Landesgeschäftsführerin ihrer Partei die Aufgabe als Landesbeauftragte für den Aufbau von Landesverbänden der „Schill-Partei“ in Berlin und Brandenburg wahr.

³² Vgl. Lebenslauf unter www.hamburg.de/StadtPol/Brgschft.

³³ Hamburger Abendblatt – 1.11.2001.

³⁴ Vgl. Lebenslauf unter www.hamburg.de/StadtPol/Brgschft.

Dirk Nockemann (Stv. Fraktionsvorsitzender/Büroleiter beim Senator für Inneres):³⁵

Zu den politisch Erfahrenen gehört auch Ex-Juso Dirk Nockemann (Listenplatz 5) aus dem Hamburger Bezirk Bergedorf. Zuletzt leitete der 43-jährige Verwaltungsjurist das Landesamt für Asyl- und Flüchtlingsangelegenheiten im SPD/PDS-regierten Mecklenburg-Vorpommern. Zunächst Leiter des Koordinierungsgremiums für die bundesweite Ausbreitung der „Schill-Partei“, musste Nockemann die Aufgabe an Thorsten Uhrhammer abgeben, da Innensenator Schill einen behördenerfahrenen Vertrauensmann als Büroleiter benötigte. Gleichzeitig nimmt Nockemann sein Bürgerschaftsmandat und die Funktion des stv. Fraktionsvorsitzenden seiner Partei wahr – eine rechtlich zulässige, doch politisch-moralisch bedenkliche Doppelfunktion. Einerseits hat Nockemann eine Vertrauensposition beim Innensenator inne. Andererseits ist er Bürgerschaftsrepräsentant, der die Senatsvorlagen kontrollieren soll. Außerdem warten vielfältige parteiliche Aufgaben als stv. Partei- und Landesvorsitzender seiner Partei auf ihn.

André Gonska (Bürgerschaftsabgeordneter/Pers. Referent beim Senator für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz):³⁶

Die Personalnot führt auch zur Mehrfachbelastung des gelernten Rechtspflegers André Gonska (Listenplatz 9). Gonska (36) aus dem Bezirk Wandsbek ist gleichzeitig Persönlicher Referent beim Senator für Umwelt und Gesundheit, Rehaag, und Bürgerschaftsabgeordneter.

Nach Beschluss der Bürgerschaftsfraktionen vom 28. November 2001 hat die „Partei Rechtsstaatlicher Offensive“ den **Vorsitz** für die **Ausschüsse Bau, Verkehr und Stadtentwicklung** – Vorsitzender Karl-Heinz Winkler (Listenplatz 10), *Europa* – Vorsitz Peter Paul Müller (Listenplatz 11) und *Gesundheit* – Vorsitz Wolfgang Barth-Völ-

³⁵ Das Internet verweist den Interessenten bei einigen Bürgerschaftsabgeordneten der Schill-Partei – z.B. Dirk Nockemann, André Gonska u.a. – an das Fraktionssekretariat der Schill-Partei. Dort wurde bei Nachfragen nach Lebensläufen oder biographischen Details freundlich an die Büroleiter der drei Senatsbehörden verwiesen. Hintergrund: Es ist üblich, Lebensläufe von Politikern in den entsprechenden Bundestags- bzw. Landtagshandbüchern zu veröffentlichen bzw. per Internet zugänglich zu machen.

³⁶ Vgl. Organigramm unter www.hamburg.de/Behoerden/Umweltbehoerde/welcome_kontakt; ferner Reymer Klüver, Schill, oder: Partys statt Politik, in: Süddeutsche Zeitung – 28.1.2002.

kel (Listenplatz 15).³⁷ Die Schriftführung hat die „Schill-Partei“ in den Ausschüssen *Recht* (Reinhold Schaub, Listenplatz 22), *Soziales* (Rolf Rutter, Listenplatz 12), *Wirtschaft* (Gerd Hardenberg, Listenplatz 20).

Besonders Ex-Bauleiter im Hochbau **Peter Müller** mit den Arbeitsschwerpunkten Bau-, Stadtplanung und Sport kann nicht über Arbeitsmangel klagen. Neben Ausschussvorsitz und Bürgerschaftsmandat ist er Zweiter Vizepräsident der Bürgerschaft. Außerdem nimmt er – nach der Enttarnung Thorsten Uhrhammers als Ex-DVU-Mitglied – die zeitraubende Koordinierungsaufgabe beim Aufbau neuer Landesverbände der „Schill-Partei“ als Leiter der Kommission für die bundesweite Ausdehnung wahr.

3.2. Schills Personal in Sachsen-Anhalt

Schill gründete am 10. Dezember 2001 in Magdeburg seinen ersten ostdeutschen Ortsverband. In Sachsen-Anhalt bestanden nach Auskunft von Parteisprecher Toni Rupprecht Mitte Januar bereits neun Ortsverbände; weitere vierzehn befinden sich im Aufbau oder nehmen ihre Arbeit zur Zeit auf. Sie sind bislang in drei Bezirksverbänden (Magdeburg, Halle und Dessau) zusammengefasst.³⁸ Nach der Satzung der Schill-Partei werden Ortsverbände gegründet, sofern 30 eingetragene Mitglieder vorhanden sind. Bestehen mindestens drei Ortsverbände und 100 Mitglieder erfolgt die Gründung von Bezirks- bzw. Kreisverbänden. Landesverbände sind zu gründen, sofern ein Bundesland über mehr als drei Bezirks-/Kreisverbände und mindestens 500 Mitglieder verfügt. Zurzeit hat die Schill-Partei nach Parteiangaben 788 Mitglieder in Sachsen-Anhalt.³⁹

Die Zusammensetzung der Parteivorstände auf Landes-, Bezirks-, Kreis- und Ortsebene belegen den teils erfolgreichen Versuch der Schill-Partei, Einheimische und Fachleute für die Aufbauarbeit zu werben und damit zugleich ein breites Themenspektrum abzudecken. Die Vorstände rekrutieren sich aus Akademikern, Freiberuflern, Handwerkern, Beamten, Angestellten und Studierenden. Auf Landesebene ist keine Frau im Vorstand, auf Bezirksebene lediglich Brit Schibilla als Stellvertretende

³⁷ Presseinformation „Besetzung der 15 bürgerschaftlichen Fachausschüsse“ der Bürgerschaftskanzlei vom 13.12.2001 unter www.hamburg.de/StadtPol/Brgschft/index.

³⁸ Vgl. Pressemitteilung in „Mitteldeutsche Zeitung“ – 14. Januar 2002, ferner mit **Stand vom 25.01.2002** unter <http://www.schillsachsenanhalt.de/kontaktseite>.

³⁹ Vgl. SPIEGEL ONLINE - 02. Februar 2002.

Vorsitzende im Bezirksverband Halle. Auch in den Vorständen der Kreis- und Ortsparteien finden sich wenige Frauen.

Den Aufbau des Landesverbandes koordiniert – auch nach dem für die „Schill-Partei“ unbefriedigenden Wahlergebnis – der Hamburger Klinik-Unternehmer Ulrich Marseille (45), der durch seine millionenschwere Spende auch weitgehend den Wahlkampf finanzierte. Nach Presseberichten ist Marseille in die sogenannte Krankenhaus-Affäre verwickelt. In der Bevölkerung gilt Marseille wegen seines Rechtsstreits um Fördermillionen des Landes als „Abzocker“, der den Aufbau der Schill-Partei aus privaten Gründen betreibt.⁴⁰ Der Denkkzettel bei den Landtagswahlen dürfte eher dem als „Westimport“ abgelehnten Marseille als der für Rechtssicherheit eintretenden „Schill-Partei“ mit vielen sachsen-anhaltinischen Mitgliedern gegolten haben.

Intern sorgte die Einsetzung Marseilles zum Aufbaukoordinator bereits vor der Gründung der Landespartei für eine **Spaltung**. Unter Führung des ehemaligen CDU-Fraktionsvorsitzenden in Letzlingen und ehemaligen Schillanhängers Norbert Hoiczky⁴¹ bildete sich die **Rechtsstaatliche Bürger Partei (R-B-P)**. Die R-B-P, die bereits über ein Parteiprogramm mit den Schwerpunkten moderner Rechtsstaat sowie Wirtschafts- und Sozialpolitik verfügt, wirbt mit ihrer Verwurzelung im Lande wirbt⁴². Konkret strebt sie an die „Wiederherstellung und Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit, die konsequente Anwendung und Nutzung des Handlungsspielraumes vorhandener Gesetze, die Unterbindung des Missbrauches des Rechtes auf Asyl, die Stärkung der staatlichen Organe im Aufgabenbereich der inneren Sicherheit, die Wiederherstellung einer Wertegesellschaft sowie die Integration von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, welche sich rechtmäßig in Deutschland aufhalten“⁴³. Laut Satzung ist die „Verschmelzung von Gebietsvereinigungen mit anderen Parteien“ möglich.

⁴⁰ Vgl. Michael Bock, Marseille. Selbstlos?, in: Magdeburger Volksstimme – 11. Januar 2002; Siegfried Thielbeer, Expansion nach Sachsen-Anhalt, in: FAZ – 18. Dezember 2001; Annette Gens, Schill-Partei auf der Suche nach der Basis, in: Mitteldeutsche Zeitung – 19. November 2001; Nana Brink, Vatergefühle ..., in: Der Tagesspiegel – 3. Dezember 2001; Matthias Iken, Klinik-Chef Marseille hilft Schill in Sachsen-Anhalt. Milliarden-schwerer Unternehmer managt Wahlkampf, in: Die Welt – 21. November 2001; Jens Schneider, Der Hai von Sachsen-Anhalt, in: Süddeutsche Zeitung – 8.12.2001; Thomas Delekat, „Um Sachsen-Anhalt kümmert sich kein Mensch.“ Schills erster Ortsverband außerhalb Hamburgs, in: Die Welt – 12.12.2001; Carsten Heckmann, Schills Osterweiterung, in: SPIEGEL ONLINE - 13. Dezember 2001

⁴¹ René Kiel, Rechtsstaatliche Bürger Partei: „So kann es in Sachsen-Anhalt nicht weiter gehen“, in: Magdeburger Volksstimme – 19. Januar 2002.

⁴² Mit ihrem Internet-Auftritt „Warum WIR? Weil WIR hier zu Hause sind!“ setzt sich die RBP von Unterwanderung aus dem Westen sowie extremen Parteien bewusst ab.

⁴³ Vgl. Präambel unter www.r-b-p.de/partei.htm.

Obwohl der Koordinator der Schill-Partei versucht, vereinzelt Mitglieder der R.B-P zurück zuholen, hat diese Abspaltung der Schill-Partei vor allem in der Region Altmark wichtige Potenziale genommen. Andererseits sind mehrere Landtagsabgeordnete aus CDU und SPD zur „Schill-Partei“ übergetreten. Mitte Januar 2002 wechselte Gudrun Schnirch (CDU) aus Dessau zur Schill-Partei. Sie war seit 1994 CDU-Mitglied, als Landtagsabgeordnete in mehreren Ausschüssen sowie als stv. Vorsitzende der Enquetekommission „Zukunftsträchtiges Sachsen-Anhalt“ tätig. Frau Schnirch war zuvor bei der Nominierung für ein neues Direktmandat in der CDU unterlegen. Anfang Februar wechselte Carola Lähner (SPD) nach zwölfjähriger Mitgliedschaft zur Schill-Partei. Lähner war Mitglied des Landesvorstandes der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF)⁴⁴.

Ein prominenter ehemaliger Sozialdemokrat ist Prof. Dr. Michael Christian Kausch (Wirtschaftswissenschaftler an der Fachhochschule Wernigerode). Er war 30 Jahre SPD-Mitglied und hatte 1994 erfolglos gegen Fikentscher um den SPD-Parteivorsitz kandidiert. 1994 bis 1996 gehörte er dem Landesvorstand. Nach erfolgloser Kandidatur für ein SPD-Direktkandidat gab der 55-jährige Wirtschaftsprofessor Ende 2001 sein Parteibuch auf Grund der „mangelnden innerparteilichen Demokratie und der völlig verfehlten Wirtschaftspolitik“ zurück.⁴⁵

Auch andere Mitglieder des Spitzenpersonals auf Landes- und Bezirksebene haben bereits politische Erfahrungen in SPD sowie CDU und deren Vereinigungen gesammelt. SPD-Mitglieder waren u.a.: der Bürgermeister von Egelin, Klaus Bierende, Ex-SED-Mitglied, das von der Wende bis 1997 der SPD angehörte. Walter Schneider im Raum Dessau gehörte **19 Jahre der SPD** an und war Ex-Bürgermeister und Verwaltungschef in Wörlitz. Der politisch talentierte Marseille-Gefolgsmann Kai Watermann war für die SPD Kreistagsvorsitzender in Aschersleben-Staßfurt. Watermann holte bei den Kommunalwahlen 1999 für die SPD das beste Einzelergebnis und forderte nach dem wenig überzeugenden Abschneiden der SPD den Rücktritt des SPD-Parteivorsitzenden Fikentscher. CDU-Mitglieder waren: der Stadtrat von Wernigerode Jörg Rische, der Fraktionsvorsitzende der CDU-Kreistagsfraktion im Burgenlandkreis Peter Kah sowie der Kreisvorsitzende der MIT in Magdeburg-Dessau, Dieter Wibben, bekannter als Ex-Präsident von Fortuna Magdeburg.

⁴⁴ SPD-Funktionärin wechselt zur Schill-Partei, in: MDR Online: Nachrichten 1.02.2002 unter www.mdr.de/online/nachrichten/inhalt-nachricht-73013@html.

⁴⁵ Die Welt – 4. Dezember 2001.

Auf ihrem Gründungsparteitag am 2./3. Februar in Halle wählte die „Schill-Partei“ in Sachsen-Anhalt – neben der Verabschiedung ihres Wahlprogramms – ihren Landesvorstand.⁴⁶ Ferner stand die Aufstellung der Kandidatenliste für die Landtagswahl am 21. April auf der Tagesordnung. Der insgesamt chaotische Verlauf des Parteitags zeigte sich u.a. daran, dass die Kandidatenliste nur bis Platz 20 fertig gestellt werden konnte. So musste ein weiterer Termin zur Vervollständigung der angesetzt werden.⁴⁷ Landeschef und Spitzenkandidat für die Landtagswahl wurde mit 229 von 278 Stimmen Ulrich Marseille, der ohne Gegenkandidat angetreten war.⁴⁸

Bei der Wahl des Spitzenkandidaten und der Landesliste traf die Schill-Partei eine Neuregelung. Der Spitzenkandidat Marseille tauchte aber nicht auf der Landesliste auf, da er keinen Hauptwohnsitz in Sachsen-Anhalt hat. Marseille hätte damit nicht als Abgeordneter in den Landtag einziehen, aber Minister werden können.⁴⁹

Umfragen im Vorfeld der Wahlen prognostizierten der „Schill-Partei“ nur ein knappes Überschreiten der 5-Prozent-Hürde. So wären ohnehin nur die ersten fünf bis sechs Listenplätze zum Zuge gekommen⁵⁰:

1	Prof. Kausch	Dr. Christian Michael
2	Haur	Karlheinz
3	Morris	Allan
4	List	Heiner Friedrich
5	Schibilla	Brit
6	Kleinau	Gordon-Richard

Auf Listenplatz 1 hatte sich der Ex-Sozialdemokrat Michael Kausch durchgesetzt. Er konnte die Kampf abstimmung gegen Watermann für sich entscheiden. Damit gelang ihm und der Parteibasis eine erfolgreiche Revanche gegenüber Marseille, der ihn und den zweitplatzierten Karlheinz Haur am Vortage bei den Wahlen zum Parteivorstand übergangen hatte, um die eigenen Gefolgsleute Watermann, Morris und List als stellvertretende Landesvorsitzende bzw. Schatzmeister durchzusetzen.

Auf Listenplatz 2 folgte der ehemalige Polizeipräsident von Halberstadt und Stendal, Karl-Heinz Haur (61). Auf den Plätzen 3 und 4 standen der stellvertretende Parteivorsitzende Morris und Schatzmeister List. Der gebürtige Engländer und Polizeibe-

⁴⁶ Mehr dazu unter <http://www.schillsachsenanhalt.de/veranstaltungsseite.htm>.

⁴⁷ Vgl. „Mitteldeutsche Zeitung“ – 14. Januar 2002.

⁴⁸ Dazu tagesschau-newsletter vom 02.02.2002 unter <http://www.tagesschau.de>

⁴⁹ www.mdr.de/online/nachrichten/index_nachricht_hintergrund_73206@73063@html.

⁵⁰ Vorausgesetzt wurde – nach dem Nichtantreten der DVU – ein Anteil von etwa 5 Prozentpunkten für Parteien unter 5 Prozent (Bündnisgrüne und sonstige Parteien), die nicht mandatsrelevant werden, und eine der 98er Landtagswahl vergleichbare Wahlbeteiligung von etwa 71,5 Prozent. Nach

amte Allan Morris (57) aus Mammendorf ist seit 1996 Leiter des Polizeireviers Wolmirstedt/Ohrekreis. Für die Schill-Partei ist das Gründungsmitglied derzeit Beisitzer im Bezirksvorstand Magdeburg und Vorsitzender des Ortsverbandes Ohrekreis⁵¹. Maschinenbaumeister Heiner-Friedrich List warb für sich als Experte für Handwerk und Mittelstand bei der Vorbereitung des Wahlprogramms im „Programmrat“.

Die Rechtsanwältin Brit Schibilla (Listenplatz 5) ist stellvertretende Vorsitzende der Schill-Partei im Bezirksverband Dessau. Als einzige Frau ist ihr eine aussichtsreiche Positionierung auf der Landesliste gelungen. Der 27-jährige Jura-Student Richard-Gordon Kleinau (Listenplatz 6) bietet sich als Mann der ersten Stunde beim Aufbau des Magdeburger Orts-, Kreis- und Bezirksverbands der Schill-Partei an. Er ist Beisitzer des Bezirksverbandes und Vorsitzender des Ortsverbandes Magdeburg. Kleinau war 1998 bis 2001 CDU-Mitglied.

Auch wenn manches Parteimitglied, das einen Listenplatz erwerben konnte, eine häufig wenig auffällige Vorgeschichte in anderen Parteien vorweisen konnte, wird eine Pauschalverurteilung der Schill-Partei als „Sammelbecken der Gefrusteten und Gescheiterten“ dennoch ihrer teils hochmotivierten Arbeit beim Aufbau von Orts- und Kreisverbänden und ihrer Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, nicht gerecht. Die weitere Entwicklung der Landespartei, die nach Aussagen Marseilles vom Magdeburger Wahlabend mit durch „ihren Achtungserfolg“ motiviert in die Vorbereitung kommender Kommunal- und Landtagswahlen geht⁵², wird über das äußere Erscheinungsbild und Glaubwürdigkeit der „Schill-Partei“ in Sachsen-Anhalt und damit über ihre Zukunftsfähigkeit entscheiden.

3.3. Startschwierigkeiten der „Schill-Partei“ in Hamburg und ihre Auswirkungen

Allein die personellen und organisatorischen Startschwierigkeiten der drei Senatoren, die sich lähmend auf eine zügige Umsetzung politischer Inhalte auswirken, belegen ein grundsätzliches Problem der „Schill-Partei“. Dies beurteilt treffend – und stellvertretend für eine durchaus differenzierte öffentliche Wahrnehmung – die FAZ: *„Es fehlt ihr an professionellen Politikern. Viele der Neulinge wittern zu Recht oder zu Unrecht*

Angaben des Landeswahlleiters verfügt der Landtag über 99 Mandate, davon 49 Direktmandate und 50 Abgeordnete über die Landeslisten. Vgl. hierzu www.stala.sachsen-anhalt.de/lw98/e_sys.htm.

⁵¹ Magdeburger Volksstimme – 17. November 2001; Bild – 19. November 2001.

in der von 44 Jahren SPD-Herrschaft geprägten Beamtenschaft Gegner. Deswegen suchen sie unter ihren Bekannten ihre engsten Berater – und setzen sich damit dem „Filz“-Vorwurf aus. Dem widerspricht ein Schill-Abgeordneter: Die „blutjungen“ Senatoren seiner Partei, noch ohne Amtserfahrung, müssten Leute an ihrer Seite haben, denen sie hundertprozentig vertrauen könnten. Denn sozialdemokratischen Beamten könnten sie schon einmal „ins offene Messer laufen“. Und dann hieße es gleich, der Senator habe seine Behörde nicht im Griff.“⁵³ Dieser Vorwurf und ein weiterer, das Zusammenspiel zwischen Senatsbehörden und Bürgerschaftsfraktionen sei verbesserungsfähig, kursieren in der Tat.

Aber auch **innerparteilich** brodelt es: Noch bevor das Mitte-Rechts-Bündnis in Hamburg die Regierung übernommen hat, brachen bei der „Schill-Partei“ die ersten Personalquerelen aus: Ein 32 Jahre alter Bürgerschaftsabgeordneter der neuen Partei gab sein Mandat zurück, weil er als Jugendlicher zu einer Haftstrafe verurteilt worden war. Parteisprecherin Karina Weber bestätigte gut eine Woche vor der Wahl des neuen Senats am 31. Oktober 2001 einen entsprechenden Zeitungsbericht.

Darüber hinaus gab es im Bezirk Harburg, in dem die Partei des Amtsrichters Ronald Schill sehr erfolgreich gewesen war, Ärger bei der Wahl des Fraktionschefs für die Bezirksversammlung, wie Weber weiter bestätigte. Ein bei der Wahl unterlegener Kandidat hatte von Wahlmanipulation gesprochen, der Landesvorstand musste den Streit schlichten.

Für den politischen Erfolg gefährliche Personalengpässe werden unter anderem am Beispiel Thorsten Uhrhammers deutlich: Uhrhammer musste die Koordinationsaufgabe als Leiter des Koordinierungsgremiums für Sachsen-Anhalt Ende November 2001 abgeben, die er erst kurz zuvor von Schills frisch gekürtem Büroleiter Dirk Nockemann übernommen hatte, als seine früheren Verbindungen zur DVU und zu den Republikanern bekannt wurden. Gleichzeitig legte er seinen Posten als designierter Fraktionschef der Bezirksversammlung Hamburg-Altona nieder und trat aus der „Schill-Partei“ aus. Seine Stellvertreter Uwe Batenhorst und Jens Pramann lehnten den Bezirksvorsitz ab. Batenhorst begründete den Verzicht mit starker beruflicher

⁵² Heute journal – 21. April 2002.

⁵³ FAZ – 2. Februar 2002.

Belastung, Pramann mit der Doppelbelastung als „Nachrücker“ für einen der Senatoren der „Schill-Partei“ und seinem Bezirksmandat.⁵⁴

Auch Jurastudent Christian Brandes (30), immerhin Fraktionsvorsitzender im Hamburger Bezirksverband Elmsbüttel und Aufbaukoordinator für den Landesverband Thüringen, bereitet Schill Sorgen. Brandes ist Mitglied der Burschenschaft Germania, die vom Hamburger Verfassungsschutz als rechtsorientiert eingestuft wird.⁵⁵

Auch in Sachsen-Anhalt ist die Schill-Partei mit dem Anspruch angetreten, sich bei weiterer Ausdehnung durch genaue Prüfung von Aufnahmeanträgen nachhaltig vor extremistischer Unterwanderung zu schützen. Helfen soll dabei unter anderem die vom Hamburger Parteivorstand zur Koordinierung der bundesweiten Parteiarbeit eingesetzte Kommission.⁵⁶ Wie die ersten Erfahrungen in Sachsen-Anhalt zeigen – das Beispiel Thorsten Uhrhammers wurde erwähnt, lässt sich dieser Anspruch in der Praxis kaum durchhalten.⁵⁷ Und Kurt Flohr (53), Beamter der Bundeswehrverwaltung und Sportschütze, aus Wolmirstedt (Ohrekreis), der den dortigen Aufbau des Ortsverbandes mitorganisiert, werden Verbindungen zur SED nachgesagt.⁵⁸

Überdies machen Flügelkämpfe über die künftige Marschrichtung der Partei den vom Wahlerfolg unverhofft ins Hamburger Regierungsgeschäft gespülten Schillianern zu schaffen.

⁵⁴ Ira von Mellenthin, Schill in Not: Personelle Ressourcen schon erschöpft, in: DIE WELT – 26.11.2001.

⁵⁵ Volker Stahl, Neue Partei hat Probleme mit ihrem Personal, in: Weserkurier – 1. November 2002.

⁵⁶ Personelle Engpässe und zunehmende Flügelkämpfe um die zukünftige Marschrichtung der Schill-Partei haben auch die Besetzung der Kommission beeinflusst. So hat sich bereits mehrfach die Zusammensetzung des Gremiums geändert. Dirk Nockemann, zunächst Leiter des Koordinierungsgremiums für die bundesweite Ausbreitung musste die Aufgabe als stv. Fraktionsvorsitzender und Büroleiter Innensenator Schills an Thorsten Uhrhammer und dieser nach seiner Enttarnung als Ex-DVU-Mitglied an Peter Müller abgeben.

⁵⁷ Ira von Mellenthin, Schill in Not: Personelle Ressourcen schon erschöpft, in: Die Welt – 26. November 2001; Schill-Partei. Grummeln an der Basis: Warum soll der Knochen zum Hund kommen?, in: Magdeburger Volksstimme – 21. November 2001; www.mdr.de/online/nachrichten/inhalt vom 23.12.2001.

⁵⁸ An den GST-Kreisvorsitzenden und SED-Genossen Flohr, der 1989 die Uniform wechselte, erinnert in einem Leserbrief der Wolmirstedter Stadtrat Ralf-Peter Weisheit (PDS) der Magdeburger Volksstimme vom 17. November 2001; ferner Harald Kreibisch, Aufbau eines Landesverbandes. Schill-Partei in der Zwickmühle, in: Mitteldeutsche Zeitung – 17. November 2001;.

4. Die Perspektiven der „Schill-Partei“

Trotz anfänglicher Bedenken vor dem überstürzten Aufbau neuer Landesverbände und Unterwanderung der jungen Partei durch rechtsextremistische Parteien, besonders DVU und Republikaner, will die „Partei Rechtsstaatlicher Offensive“ nach ihrem Hamburger Erfolg bundesweit zumindest bei einigen Landtagswahlen antreten.⁵⁹ Die Gründung weiterer Landesverbände in West- und Ostdeutschland soll – nach Angaben Ronald Schills – wegen der großen Nachfrage aus nahezu allen Bundesländern erfolgen. Bereits kurz nach der erfolgreichen Hamburger Bürgerschaftswahl hatte Parteigründer Ronald Schill über eine bundesweite Ausdehnung nachgedacht⁶⁰ und gegenüber dem Magazin FOCUS geäußert: „Mit geeigneten Leuten aus der Region treten wird dort an.“⁶¹

Derzeit hat die „Schill-Partei“ nach Parteiangaben bundesweit etwa 5.000 Mitglieder⁶² – Tendenz steigend. Etwa ein Drittel der Mitglieder stammt aus Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen.

Als nächste Stationen der bundesweiten Ausdehnung sind Landesverbände der „Schill-Partei“ in Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen geplant:

In **Mecklenburg-Vorpommern** befindet sich ein weiterer Landesverband mit zurzeit etwa 200 Mitgliedern im Aufbau.⁶³ Dort will die „Schill-Partei“ nach Angaben von Gerd Stachow (43) am 22. September zu den Landtagswahlen (zeitgleich mit den Bundestagswahlen) antreten. Nach Auskunft des Landeswahlleiters hat sich die „Schill-Partei“ bis zum 23. Juli 2002⁶⁴ für die Landtagswahlen anzumelden. Bis 5.

⁵⁹ Wahlkampf im Osten: Schills Strategie, in: www.tagesschau.de – 19. Januar 2002.

⁶⁰ www.tagesschau.de/archiv/themen2001/wahl_hamburg/texte/hamburg_senatoren vom 26. Oktober 2001; Schill plant Landesverbände in Ostdeutschland, in: Die Welt – 8. Oktober 2001; Gerät die CDU von rechts unter Druck? Expansionspläne der Hamburger Schill-Partei, in: Neue Züricher Zeitung – 1. November 2001.

⁶¹ Landtagswahl. Schill will den Osten erobern, in: FOCUS – 8. Oktober 2001.

⁶² Matthias Krupa/Liane von Billerbeck, Der schillernde Roland, in: Die Zeit – 31. Januar 2002; Renè Wagner, Es fehlt an Könnern. Die Patzer der Schill-Partei in Hamburg, in: FAZ – 2. Februar 2002; nach anderen Angaben sind es derzeit 3.000 Mitglieder bundesweit, dazu Hartmut Kühne, Der Stoiber des Nordens, in: Rheinischer Merkur – 1. Februar 2002. Nach neusten Parteiangaben sind es rund 6.000 Mitglieder.

⁶³ SPIEGEL ONLINE – 13. Dezember 2001; Expansion. Schill will in Meck-Pom mitregieren, in: SPIEGEL ONLINE – 24. Januar 2002.

⁶⁴ Nach Auskunft des Landeswahlleiters hat die Schill-Partei, die nicht im Schweriner Landtag vertreten ist, die vom Gesetzgeber geforderten Unterlagen (Unterstützerunterschriften, Parteiprogramm, Satzung, Nachweis über Existenz eines Landesverbandes) bis 61. Tag vor der Landtagswahl) beim Landeswahlleiter einzureichen. Für die im Landtag bereits vertretenen Parteien CDU, SPD und PDS

August sind die Kandidatenlisten beim Landeswahlleiter einzureichen. Nach einer Januar-Umfrage von Infratest-dimap würden „zurzeit fünf Prozent der Wähler in Mecklenburg-Vorpommern „sicher“ und 18 Prozent „vielleicht“ die „Schill-Partei“ wählen“.⁶⁵

Mit Gerd Stachow für Mecklenburg und Helmut Schmidt für Vorpommern organisieren zwei Einheimische den Aufbau des Landesverbandes. Neben Schwerin existieren seit Ende Januar 2002 weitere Ortsverbände in Rostock und Stralsund. Weitere Neugründungen sind in Bad Doberan, Ludwigslust, Greifswald, Güstrow und Nordwestmecklenburg geplant.⁶⁶ Nicht mit dem Thema Innere Sicherheit, sondern mit Wirtschaft will die „Schill-Partei“ am 22. September Wähler gewinnen. Anfang Januar wechselte der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende der Rostocker Bürgerschaft, Michael Necke, wegen „*Verkrustungen in der Union und deren Unvermögen, ... sich zu erneuern*“ zur „Schill-Partei“.⁶⁷ Ähnlich bisherigen Erfahrungen aus Hamburg und Sachsen-Anhalt dürfte die Partei auch in Mecklenburg-Vorpommern Probleme damit haben, Unterwanderung durch extremistische Parteien nachhaltig auszuschließen. So machen etwa die kommissarischen Vorsitzenden des Ortsverbandes Schwerin, Klaus-Dieter Bruns und Thomas Schott, aus ihrer ehemaligen SED-Mitgliedschaft keinen Hehl.⁶⁸

In **Niedersachsen**⁶⁹ hat die „Schill-Partei“ nach Angaben des Koordinators für die bundesweite Ausdehnung, Peter Paul Müller, bereits 600 Mitglieder. Themenschwerpunkte sollen neben Innerer Sicherheit die Wirtschafts- und die Bildungspolitik sein. Erste Ortsverbände sind geplant, der Aufbau des Landesverbandes ist in Vorbereitung.⁷⁰ Sollte die „Schill-Partei“ bei den Landtagswahlen am 2. Februar 2003 antreten wollen, hat sie sich – nach Auskunft des Landeswahlleiters – mit den entsprechen-

reicht das Einreichen der Landeslisten bis zum 48. Tag vor der Landtagswahl. Alle anderen Parteien – auch FDP und Bündnis 90/Die Grünen – haben sich der gleichen Prozedur zu unterziehen.

⁶⁵ Vgl. Adalbert Zehnder, Schill-Partei breitet sich aus, in: Süddeutsche Zeitung – 28. Januar 2002; SPIEGEL ONLINE – 24. Januar 2002, FOCUS 6/4. Februar 2002, S. 49.

⁶⁶ Dieter Wenz, Sie wäre gern die CSU des Nordens. Die Schill-Partei in Mecklenburg-Vorpommern, in: FAZ – 26. Januar 2002; dpa – 27. Januar 2002.

⁶⁷ Rainer Jung, Mehr solide als rebellisch. Schill-Partei gründet Ortsverband in Schwerin, in: Frankfurter Rundschau – 26. Januar 2002; Dieter Wenz, Sie wäre gern die CSU des Nordens. Die Schill-Partei in Mecklenburg-Vorpommern, in: FAZ – 26. Januar 2002; Adalbert Zehnder, Schill-Partei breitet sich aus, in: Süddeutsche Zeitung – 28. Januar 2002.

⁶⁸ Vgl. dpa – 27. Januar 2002.

⁶⁹ Barbara Gillmann/Stefan Winter, Zweite Karriere als Schillianer, in: Handelsblatt 16. Januar 2002; Schill in Niedersachsen auf verlorenem Posten, in: Neue Osnabrücker Zeitung – 14. Januar 2002.

⁷⁰ Schill tritt bei Wahl in Niedersachsen an, in: Die Welt – 10. Januar 2002; Peter Mlodoch, Eigene Satzung bremst Schill-Partei, in: Weserkurier – 9. Januar 2002.

den Unterschriftenlisten beim Landeswahlleiter bis zum 10. Dezember 2002 anzu-
melden und die Landeslisten bis zum 30. Dezember einzureichen.

Auch bei den Landtagswahlen in Hessen⁷¹ Anfang 2003 will die „Schill-Partei“ nach
Auskunft ihres Frankfurter Vorsitzenden Günter Müller antreten. Demnach stehen
auch hier die Gründung des Landesverbandes und die entsprechenden Vorbereitun-
gen für die Teilnahme an den Wahlen unter enormem Zeitdruck. Die „Schill-Partei“ in
Hessen hat zurzeit rund 200 Mitglieder.

Weitere Landesverbände sind in Schleswig-Holstein,⁷² Nordrhein-Westfalen,⁷³ Ber-
lin,⁷⁴ Brandenburg,⁷⁵ Bremen,⁷⁶ Sachsen⁷⁷ und Thüringen⁷⁸ geplant. Sie werden mit
der großen Nachfrage aus den Ländern begründet.

Ihren Bundesparteitag wird die „Schill-Partei“ am 11. Mai 2002 in Hamburg abhal-
ten.⁷⁹

Zur Koordinierung der bundesweiten Parteiarbeit setzte der Hamburger Parteivor-
stand unter Leitung des Vorsitzenden Schill unmittelbar nach der Bürgerschaftswahl
eine inzwischen dreizehnköpfige Kommission ein. Diese soll einerseits einheimi-
schen „Aufbauhelfern“ bei der kraftraubenden Organisation von Landesverbänden
mit ihrem Geflecht aus Orts-, Kreis- und Bezirksverbänden helfen. Andererseits soll
das Gremium den überlasteten Hamburger Bundesverband bei der sorgfältigen Prü-
fung von Mitgliedsanträgen unterstützen, um eine extremistische Unterwanderung zu
verhindern. Die ersten Erfahrungen zeigen, dass dies bei der raschen Expansion der
Partei und den vielfältigen Aufgaben in Senat, Bürgerschaft und dennoch Partei nicht
nachhaltig ausgeschlossen werden kann.

Die Kommission zur bundesweiten Ausdehnung⁸⁰ hat folgende Mitglieder:

⁷¹ Schill will Hessen erobern, in: SPIEGEL-ONLINE – 23. Januar 2002; Schill-Partei. Landesverband
für Hessen geplant, in: Frankfurter Rundschau – 25. Januar 2002; Schill-Partei tritt 2003 in Hessen
an, in: FAZ – 8. April 2002.

⁷² Schill in Niedersachsen auf verlorenem Posten, in: Neue Osnabrücker Zeitung – 14. Januar 2002.

⁷³ Bernd Dörries, Schill will auch in NRW antreten, in: Süddeutsche Zeitung – 14. Februar 2002.

⁷⁴ Berlin, ich komme, in: Die Welt – 8. November 2002; Schill-Partei will Berliner Landesverband, in:
FAZ – 5. Februar 2002; Berlin-Offensive?, in: Süddeutsche Zeitung – 13. Februar 2002.

⁷⁵ Vgl. unter www.schill-partei.de/Termine; Ex-Bürgerrechtler wechseln Kurs, in: www.tagesschau.de
vom 10. Januar 2002; Keine Angst vor der Schill-Partei, in: Tagesspiegel – 7. November 2001.

⁷⁶ Bernd Schneider, Schill-Partei will in Bremen antreten, in: Weserkurier – 18. Dezember 2001.

⁷⁷ Vgl. unter <http://www.schill-partei-sachsen.de>.

⁷⁸ Vgl. www.schill-partei.de

⁷⁹ Vgl. www.schill-partei.de (unter: Aktuelles/Termine/Übersicht)

Ansprechpartner	Arbeitsbereich
Peter Paul Müller	Leiter
Detlef Huber	Baden-Württemberg
Ilona Kasdepke	Bayern
Katrin Freund	Berlin
Falk Janke	Brandenburg
C. Heinz Eversmann	Bremen
Helmut Günter Müller (Regierungsbezirk Gießen)/Norbert Steinbach (Regierungsbezirk Kassel)	Hessen
Stephan Müller	Mecklenburg-Vorpommern
Horst Köpken	Niedersachsen
Rolf Rutter	Nordrhein-Westfalen
	Rheinland-Pfalz (geplant)
	Saarland (geplant)
Karina Weber	Sachsen
Ulrich Marseille	Sachsen-Anhalt
Dieter Schreck	Schleswig-Holstein
Christian Brandes	Thüringen

Neben Mangel an politik- und administrationserfahrenem Spitzenpersonal drücken die „Schill-Partei“ auch zunehmend Flügelkämpfe um die künftige Ausrichtung der Partei. So wurde und wird – auch nach der Wahlniederlage von Sachsen-Anhalt – die weichenstellende Frage einer späteren Beteiligung an Bundestagswahlen innerhalb der Partei kontrovers diskutiert. Bereits nach der Nominierung des Unionskanzlerkandidaten Edmund Stoiber hatte Parteigründer Schill einer Beteiligung seiner Partei an den Bundestagswahlen eine klare Absage erteilt.⁸¹ Parteimitglieder aus den Bundesländern votierten hingegen für eine Teilnahme am 22. September, um den Schwung der Hamburger Bürgerschaftswahl zu nutzen. Die Frage einer Beteiligung an den Bundestagswahlen soll abschließend auf dem Bundesparteitag am 11. Mai 2002 in Hamburg geklärt werden. Für die Parteiführung fasste der stv. Fraktionsvorsitzende in der Hamburger Bürgerschaft, Dirk Nockemann, die Argumente gegen eine Bundestagswahlbeteiligung zusammen, *„da dafür seine Partei weder personell noch organisatorisch vorbereitet sei. ... Allerdings sei der Druck aus den anderen*

⁸⁰ Vgl. www.schill-partei.de (unter: Kontakt/Kommission zur bundesweiten Ausdehnung).

Bundesländern groß, am 22. September anzutreten,“ gibt Peter Paul Müller für die Gegenseite zu bedenken.⁸²

Mit der Niederlage bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt dürfte sich die Parteiführung um Ronald Schill mit ihrem Votum durchsetzen können. Schill hatte bereits einen Tag nach der Sachsen-Anhalt-Wahl stellvertretend für Teile des Bundesvorstandes seiner Partei angekündigt, der Vorstand werde dem Parteitag am 11. Mai eine entsprechende Empfehlung geben. Dazu habe auch das Wahlergebnis von Sachsen-Anhalt beigetragen. Er begründete die Empfehlung mit der Möglichkeit, bei der Bundestagswahl unter fünf Prozent zu bleiben und damit dem konservativen Lager wahlentscheidende Stimmen wegzunehmen.⁸³

Dessen ungeachtet dürften die Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern am 22. September sowie der für die Teilnahme an weiteren Landtagswahlen erforderliche Aufbau von Landesverbänden in Hessen und Niedersachsen weichenstellend für die positive Zukunftsperspektive sein. Die Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern, Hessen und Niedersachsen dürften für die „Schill-Partei“ wichtige Stimmungstests sein. Sollten sich in diesen drei Bundesländern Erfolge auf Länderebene einstellen, wird sich die Parteiführung um Ronald Schill – allen Bekenntnissen zur Aufgabenpriorität in Hamburg und personellen Engpässen zum Trotz – der zunächst gestoppten Ausdehnung auf Bundesebene auf Dauer nur schwer verschließen können.

Für die CDU könnte die Beteiligung der „Schill-Partei“ an den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern, Hessen und Niedersachsen mit voraussichtlich knappen Wahlergebnissen leicht problematisch werden. Überspringt sie dort nicht die Fünf-Prozent-Hürde, könnten dem Unionslager wahlentscheidende Stimmen verloren gehen.

⁸¹ Schill will nicht zur Bundestagswahl antreten, in: Süddeutsche Zeitung – 17. Januar 2002; Ira von Mellenthin, Interview „Ich habe gegen Stoiber weniger Argumente“, in: Die Welt – 21. Januar 2002.

⁸² Zweifel in der Schill-Partei, in: FAZ – 22. Januar 2002.

⁸³ Schill tritt nicht zur Bundestagswahl an, in: SPIEGEL ONLINE – 22. April 2002.